



Handbuch Friedenspsychologie

Christopher Cohrs, Nadine Knab & Gert Sommer (Hrsg.)

Boehnke & Maggs: Kultur des Friedens

Christopher Cohrs • Nadine Knab • Gert Sommer (Hrsg.)

Handbuch Friedenspsychologie

ISBN 978-3-8185-0565-3

DOI: <https://doi.org/10.17192/es2022.0046>

Lektorat und Formatierung: Michaela Bölinger und Katherina Hildebrand

Titelbild und Kapitelgestaltung: Nadine Knab

Umschlagbild: Hoffnung (Esperanza). Frieden, Dankbarkeit, Kreativität und Widerstandfähigkeit sind die Symbole und Elemente, die in diesem Kunstwerk in Einklang gebracht werden. Es ist als Großformat in der Gemeinde 13 in Medellín, Kolumbien, Teil der Graffiti-Tour. Das Kunstwerk vermittelt eine wichtige Botschaft der Hoffnung sowohl an die lokale Gemeinde als auch an ausländische Besucher/innen.

@medapolo.trece @fateone96 @radycalshoes @pemberproducciones

<https://handbuch-friedenspsychologie.de>

Website-Gestaltung: Tamino Konur

Forum Friedenspsychologie

<https://www.friedenspsychologie.de>



This work is licensed under a [Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivatives 4.0 International License](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/).

Für illegale, fehlerhafte oder unvollständige Inhalte und insbesondere für Schäden, die aus der Nutzung oder Nichtnutzung von weiterführenden Links entstehen, übernehmen die Herausgeber*innen keine Haftung.

Kultur des Friedens:

Psychosoziale Bedingungen für einen nachhaltigen Frieden¹

Klaus Boehnke & Florence Maggs

Zusammenfassung

Der nachfolgende Beitrag behandelt den Begriff Kultur des Friedens („Culture of Peace“) sowie die psychosozialen Bedingungen, die für eine solche Kultur gegeben sein müssen. Zunächst stellt der Beitrag das Konzept einer Friedenskultur vor und beleuchtet dessen geschichtlichen Hintergrund. Nachfolgend werden acht Schlüsselkomponenten einer solchen Kultur vertieft dargestellt: Gewaltlosigkeit, Achtung der Menschenrechte, Toleranz und Solidarität, Gleichheit von Frauen und Männern, nachhaltige Entwicklung, Demokratie, freier Informationsfluss und eine umfassende Erziehung zum Frieden. Abschließend wendet sich der Beitrag einer Erörterung psychosozialer Prinzipien zu, die für die Aufrechterhaltung eines nachhaltigen Friedens eine herausragende Rolle spielen: (1) Biologischer Determinismus fördert Gewalt und soziale Ungleichheit; (2) die Verringerung sozialer Ungleichheit zwischen Individuen und zwischen Gesellschaften fördert Frieden; (3) Gewalt kann durch Konfliktmanagement und konstruktive Nutzung von Konflikten verhindert werden; (4) die Förderung gewaltfreier Traditionen kann gewalttätige Vorkommnisse auf zwischen- und innerstaatlicher Ebene reduzieren; (5) gewaltfreies Handeln ist ein Mittel zur Förderung sozialer Gerechtigkeit; (6) mehr Kommunikation und Kontakt insbesondere in Krisensituationen nützt dem Frieden; (7) eine emanzipatorische Psychologie fördert konstruktive gesellschaftliche Veränderungen; (8) die Förderung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern ist eine friedensfördernde Maßnahme und (9) Prävention geht vor Intervention. Der Beitrag endet mit dem Appell, die Psychologie als Wissenschaft solle auf die Schaffung einer Kultur des Friedens nach den Grundsätzen der Vereinten Nationen Einfluss nehmen und gleichzeitig den Erkenntnisstand psychologischer Friedensforschung durch neue Forschungsprogramme wesentlich erweitern.

Schlüsselwörter: Kultur des Friedens, historischer Überblick, Schlüsselkompetenzen, psychosoziale Bedingungen, Gewaltlosigkeit

Abstract

The subsequent chapter deals with the concept of a “culture of peace” and the psychosocial conditions that must exist for such a culture. First, the article introduces the concept of a

¹ Der hier vorgelegte Text basiert ursprünglich auf einem Text von Anderson und Christie (2001), den der Erstautor für die erste Auflage des Handbuchs übersetzt und an einigen Stellen überarbeitet hatte, damals unterstützt von Helmar Gropp (Chemnitz) und Jens Förster (jetzt Köln). Die aktuelle Version des Beitrags stellt eine Weiterentwicklung des ursprünglichen Textes dar und hat nicht zuletzt von Recherchearbeiten von Filiz Uzuner (Bremen) profitiert.

culture of peace and examines its historical background. Subsequently, eight key components of such a culture are presented in depth; non-violence, respect for human rights, tolerance and solidarity, equality of women and men, sustainable development, democracy, free flow of information and a comprehensive education for peace. Finally, the chapter turns to a discussion of psychosocial principles that play a prominent role in maintaining sustainable peace: (1) biological determinism promotes violence and social inequality; (2) reducing social inequality among individuals and between societies promotes peace; (3) violence can be prevented through conflict management and a constructive use of conflict; (4) promoting nonviolent traditions can reduce violent incidents at the interstate and intrastate level; (5) nonviolent action is a means to promote social justice; (6) increased communication and contact, especially in crisis situations, benefits peace; (7) emancipatory psychology promotes constructive social change; (8) promoting gender equality is a peace-building measure; and (9) prevention takes precedence over intervention. The paper ends with an appeal that psychology as a science should influence the creation of a culture of peace in accordance with the principles of the United Nations, while at the same time substantially expanding the body of knowledge of psychological peace research through new research programs.

Keywords: Culture of peace, historical overview, key competencies, psychosocial conditions, non-violence

Kultur des Friedens

Nicht viel mehr als 100.000 Hits erbringt eine aktuelle Google-Suche nach dem Begriff *Kultur des Friedens*. Angesichts dieser relativ geringen Verbreitung des Begriffs versucht der vorliegende Beitrag zunächst eine zeitgeschichtlich angelegte Annäherung an das Konzept einer Kultur des Friedens. Aufgrund der gebotenen Kürze, muss diese jedoch auf eine ausführliche Auseinandersetzung insbesondere mit politikwissenschaftlicher oder pädagogischer Literatur (Guetta, 2013; Wulf, 2017) verzichten und sich auf die psychologische Literatur konzentrieren.

Die Vollversammlung der Vereinten Nationen (United Nations General Assembly [UNGA], 1998a) fasst den Begriff „Kultur des Friedens“ („*Culture of Peace*“) sehr weit, wenn sie sich auf einen Satz von „Werten, Einstellungen und Verhaltensweisen“ bezieht, „die soziales Miteinander und das Prinzip des Teilens widerspiegeln und inspirieren, sowie auf Gewaltlosigkeit und sozialer Gerechtigkeit aufbauen“ (S. 1). Mit der Definition einer Kultur des Friedens als Knotenpunkt friedensförderlicher „Wertvorstellungen, Einstellungen, Traditionen, Verhaltens- und Lebensweisen“ (UNGA, 1999b, Teil A, Art. 1) werden fünf Dimensionen angesprochen, die auf die Überwindung von Gewalt und die Förderung und Einübung von Gewaltlosigkeit zielen. Diese gründen sich sowohl auf wichtige Grundfreiheiten und Individualrechte wie Gleichberechtigung und freie Meinungsäußerung als auch auf Kollektivaufgaben, die eine nachhaltige Entwicklung berücksichtigen sollen. Darüber hinaus werden

im UN-Culture-of-Peace-Programm (UNGA, 1999b) insgesamt acht „Schlüsselkomponenten“ einer Friedenskultur angesprochen: (1) Gewaltlosigkeit, (2) Menschenrechte, (3) Toleranz und Solidarität, (4) Gleichheit von Frauen und Männern, (5) nachhaltige Entwicklung, (6) Demokratie, (7) freier Informationsfluss und (8) Erziehung zum Frieden.

Obgleich die Bedeutung dieser acht Schlüsselkomponenten je nach gesellschaftlichem und kulturellem Kontext in gewissem Umfang variiert, sind alle acht gleichermaßen zentral für die Erreichung des Zustands eines nachhaltigen Friedens. Allerdings spielt der psychosoziale Kontext für die Erarbeitung von Kompetenzen im Bereich der acht Schlüsselkomponenten — und damit auch der Verwirklichung einer nachhaltigen Kultur des Friedens — eine maßgebliche Rolle (z.B. Cohrs, Christie, White & Das, 2013; Huang & Throsby, 2011; Richmond, 2014).

Hintergrund und psychosoziale Faktoren einer nachhaltigen Kultur des Friedens

Im Folgenden wird ein Einblick in die historischen Hintergründe gegeben, die zu der Konzeption und Planung einer Kultur des Friedens führten. Auch wird das Programm der Friedenskultur selbst detaillierter aufgegriffen und definiert, bevor psychosoziale Bedingungen diskutiert werden, die einer solchen Friedenskultur zugrunde liegen. Zu konzidieren ist hierbei allerdings, dass zwar eine ganze Reihe wichtiger psychosozialer Faktoren erörtert wird, diese Liste aber keineswegs erschöpfend ist. Die vorgestellten Faktoren können zudem jeweils nur angerissen werden, obgleich jeder für sich einen eigenständigen Literaturüberblick verdient hätte.

Historischer Hintergrund der Entwicklung des Konzepts einer Kultur des Friedens

Das Konzept einer *Kultur des Friedens* hat seinen Ursprung in den letzten 20 Jahren des 20. Jahrhunderts. Mit der zivilgesellschaftlichen Ausweitung friedensorientierter und demokratischer Denkansätze, vor allem zum Ende des Ost-West-Konflikts, kristallisierte sich zunehmend eine Priorisierung pazifistischer Grundwerte nicht zuletzt auch in Deutschland (Snyder, 2011) heraus. Damit einhergehend ergab sich die Notwendigkeit, alltagstaugliche Konzepte für einen weltweit anhaltenden Frieden und globale Sicherheit zu erarbeiten. Es liegt nahe, die Entstehung des Konzepts „Culture of Peace“ als Teil der damals häufig reklamierten Friedensdividende zu sehen (Boehnke, 1991).

Die Vereinten Nationen (UN) fanden sich dabei in einer Schlüsselrolle: Unter anderem nach einem Appell des *International Congress on Peace in the Minds of Men* wurde die Förderung von Friedensinitiativen erstmals durch die UN und die UN-Unterorganisation UNESCO thematisiert (United Nations Educational, Scientific, and Cultural Organization [UNESCO], 1992). In der darauffolgenden Zeit kam es so zur Konzeption einer Kultur des Friedens, sowie

zur Absicht, diese auf zwischenmenschlicher und politischer Ebene zu verwirklichen. Offizielle Resolutionen der UN und UNESCO ausgenommen, orientiert sich die folgende Zusammenfassung der geschichtlichen Hintergründe des Konzepts einer Kultur des Friedens wesentlich an einer historischen Übersicht von Merkel (2011)², die für eine detailliertere Auseinandersetzung mit dem Thema ausdrücklich zu empfehlen ist.

Ein Programm für die Entwicklung einer Kultur des Friedens sollte auf eine nicht-militärische Weise zugleich „Konfliktnachsorge und Konfliktvorbeugung“ sein (Merkel, 2011, S. 206) und Maßnahmen zu effektiver Kooperation auf regionaler Ebene voranbringen. Im Kern sah diese Initiative vor, ein Leitbild des Friedens zu schaffen und dieses als soziale und politische Norm zum Maß menschlicher Kommunikation und Aktion zu machen. Zur Durchsetzung dieser Absichten wurde 1993 durch die UNESCO-Generalkonferenz ein konkretes Arbeitsprogramm aufgestellt, das zur Sicherstellung und Förderung von friedensorientierten Werten beitragen sollte (UNESCO, 1993). Des Weiteren wurde nach der Aufstellung dieses Programms eine dem UNESCO-Generaldirektor direkt unterstellte Stabsstelle geschaffen, die die Realisation und Koordination friedenskultureller Programme zur Aufgabe hat. Mit diesem Vorlauf festigte die Generalkonferenz der UNESCO während der späten 1990er Jahre ihre Pläne für eine Kultur des Friedens: Das Jahr 2000 wurde zum „Internationalen Jahr für die Kultur des Friedens“ erklärt (UNGA, 1997), die Zeit zwischen 2001-2010 zur „Internationalen Dekade für eine Kultur des Friedens und der Gewaltlosigkeit zugunsten der Kinder der Welt“ proklamiert (UNGA, 1999a).

Erklärung und Aktionsprogramm

Bemühungen um die Schaffung einer Kultur des Friedens kulminierten in der Generalversammlung der Vereinten Nationen (UNGA, 1999b) des Jahres 1999. Auf der Generalversammlung wurde eine Erklärung zu einer Kultur des Friedens vorgestellt, die auch ein detailliertes Aktionsprogramm zu deren Implementierung mit umfasste.

Diese Erklärung zu einer Kultur des Friedens beruft sich an erster Stelle auf die 1948 festgeschriebene *Allgemeine Deklaration der Menschenrechte* (UNGA, 1948), sowie auf die Notwendigkeit, friedensfördernde Werte dauerhaft ins kollektive Sozialbewusstsein zu rufen: „Da Kriege im Geist der Menschen entstehen, muss auch der Frieden im Geist der Menschen verankert werden“ (UNESCO, 1945, 2. Absatz). Konflikt an sich wird zwar als „aktivierend und impulsgebend“ anerkannt, sei aber gleichzeitig als der Verwirklichung einer friedensorientierten Kultur nur eingeschränkt förderlich (UNESCO, 1993). Die Erklärung strebt insofern nicht nur eine Reduzierung von Konflikten an, sondern auch die Implementierung partizipatorischer Rahmenbedingungen, durch die gegenseitiger Dialog und erfolgreiche Zusammenarbeit gefördert werden. Wichtig sei aber an dieser Stelle zu erwähnen, dass das Programm der Friedenskultur letztendlich Konflikten eine essentielle

² Interessant ist in diesem Kontext die Tatsache, dass ein Beitrag zum Thema „Kultur des Friedens“ zwar seinen Weg in die erste Auflage des politikwissenschaftlich ausgerichteten *Handbuch Frieden* (Gießmann & Rinke, 2011) gefunden hat, in der 2. Auflage des *Handbuch Frieden* (Gießmann & Rinke, 2019) sucht man einen entsprechenden Beitrag hingegen vergebens.

Rolle im menschlichen Miteinander zuweist. Daher ist eine Reduzierung von Konflikten eher als Nebenprodukt der Stärkung von kommunikativen Fähigkeiten zu betrachten.

Wie eingangs bereits erwähnt, fassen die UN im Rahmen dieser Erklärung auch die Definition einer Kultur des Friedens als Gesamtheit friedensdienlicher Werte und Traditionen zusammen. Die notwendigen Komponenten dieser Gesamtheit werden im nachfolgenden Teil der Erklärung konkretisiert: Es seien unter anderem die Achtung des Lebens, der Menschenrechte, und der Gleichberechtigung ebenso zentral wie die Einhaltung demokratischer Grundwerte, Anstrengungen im Bereich der Entwicklung und Umwelt und gegenseitige Solidarität und Kooperation.

Durch diese Definition und Konkretisierung sollte eine Kultur des Friedens umsetzbar gemacht und sowohl regional als auch international erfahrbar werden. Bei der Umsetzung dieses Vorhabens fanden sich die UN in einer Schlüsselrolle und sie bot eine Plattform, die Planungs- und Handlungsschritte erlaubte. Gleichzeitig wurde deutlich, dass den einzelnen Regierungen und den Medien ein großes Maß an Verantwortung in der Umsetzung friedensförderlicher Maßnahmen zukommt, wobei dem Bereich der Bildung und Erziehung ganz explizit die wohl entscheidende Rolle zufällt.

Die besagten Maßnahmen wurden im zweiten Teil des gleichen Beschlusses in Form eines Aktionsplans genauer festgehalten (UNGA, 1999a, Teil B). Dieser sieht vor, eine nachhaltige Verwirklichung einer Kultur des Friedens über die in der Einleitung dieses Kapitels angesprochenen und im Folgenden vertieft dargestellten acht Kernbereiche zu erreichen:

(1) Gewaltlosigkeit. Zentral ist hier die Förderung von vertrauensbildenden Maßnahmen und friedensorientierten Bewältigungsstrategien im Falle von Konflikten und Konfliktfolgesituationen. Dazu gehört auch die Ablehnung kriegerischen Gebietserwerbs und jeglicher anderer Maßnahmen, die nicht mit dem Völkerrecht und der UN-Charta vereinbar sind. Ziel sind weitreichende Abrüstungsaktionen und die Beseitigung eines unerlaubten Kleinwaffenhandels.

(2) Menschenrechte. Hierin ist unter anderem die Verbreitung, Förderung und Verwirklichung der Allgemeinen Deklaration der Menschenrechte (UNGA, 1948), der Erklärung und des Aktionsprogramms der Wiener Menschenrechtsweltkonferenz (Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen, 1994) und der Ziele der von den UN erklärten Dekade für Menschenrechtserziehung (1995-2004) niedergelegt. In diesem Kontext sind die Ausarbeitung und die Stärkung einzelstaatlicher Aktionspläne und menschenrechtlicher Institutionen zentral.

(3) Toleranz und Solidarität. Grundlage zur Erreichung dieses Ziels sind Maßnahmen einer gesamtgesellschaftlichen Förderung von Toleranz und Solidarität, sowie zur Stärkung intra- und internationaler Zusammenarbeit. Dies schließt als Ziel die Verwirklichung bereits existierender Pläne ein, z.B. die Unterstützung von Aktivitäten im Rahmen des von den Vereinten Nationen erklärten Jahres des Dialogs zwischen Kulturen (2001; UNGA, 1998b).

Besonders Toleranz und Solidarität gegenüber Menschen mit Migrations- oder Fluchterfahrungen ist dabei essentiell. Auch soll fortwährend auf einer interkulturellen Ebene nach neuen toleranzfördernden und konfliktablehnenden Praktiken gesucht werden.

(4) Gleichheit von Frauen und Männern. Die Planung und Durchführung aller wirtschaftlichen, sozialen, und politischen Entscheidungsprozesse und Abmachungen soll alle Geschlechter gleichermaßen integrieren. Zudem sind bisherige Anstrengungen und internationale Rechtsakte (z.B. die Beschlüsse der vierten Weltfrauenkonferenz von Beijing, United Nations, 1995) in diesem Bereich zu fördern und konsequent zu vertreten; konkret ist den Opfern z.B. häuslicher Gewalt Unterstützung und Hilfe anzubieten.

(5) Nachhaltige Entwicklung. Um diese zu fördern, sind einzelstaatliche Kapazitäten zur effektiven Umsetzung sozialer und wirtschaftlicher Programme zu stärken. Ziel ist die Beseitigung von Armut und gesellschaftlicher Ungleichheit sowie die Entwicklung nachhaltiger Lösungen zur Ernährungssicherung, zur Nutzung natürlicher Ressourcen und zur Reduktion der Auslandsverschuldung von Entwicklungsländern. Auch ist die Gewährleistung eines partizipatorischen Prozesses in Entwicklungsprojekten (v.a. hinsichtlich geschlechtsspezifischer und sozioökonomischer Unterschiede in der Partizipation) und des Selbstbestimmungsrechts aller Völker zu beachten.

(6) Demokratie. Zur Förderung demokratischer Partizipation im Sinne mehrheitlicher Entscheidungsfindung sieht das Aktionsprogramm der Kultur des Friedens vor, bisherige Maßnahmen und Kapazitäten demokratischer Institutionen zu stärken. Dies schließt beispielsweise eine Gewährung von Wahlhilfen (z.B. in Form von öffentlich zugänglichen und qualitativ hochwertigen Informationsquellen zu jeweiligen demokratischen Prozessen), die Fortbildung von öffentlichen Bediensteten und den Ausbau einer demokratiefördernden Infrastruktur ein. Auch trägt die Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität, von Korruption und illegalen Drogengeschäften wesentlich zur Stärkung dieser Schlüsselkomponente bei.

(7) Freier Informationsfluss. Im Kern steht hier die Unterstützung der Medien, da diese großflächige Lobbyarbeit zugunsten einer Friedenskultur leisten können. Als Grundlage dessen dient die Sicherstellung von Massenkommunikationsmitteln sowie der Presse- und Kommunikationsfreiheit. Um die Verbreitung friedensorientierter Werte zu sichern, muss auch der mediale Umgang mit Gewaltdarstellungen bearbeitet werden.

(8) Erziehung zum Frieden. Zur Verbreitung friedensförderlicher Werte trägt der Bildungs- und der Fort- und Weiterbildungsbereich maßgeblich bei. Grundsätzlich ist hierfür die Neubelebung intra- und internationaler Aktionen zugunsten eines gleichberechtigten Zugangs zu Bildung und die Überarbeitung von schulischen Lehrmaterialien notwendig. Kinder müssen von klein auf an friedensorientierte Werte herangeführt und an Aktivitäten beteiligt werden, die ihnen im Laufe ihres Lebens ein respektvolles Miteinander und friedliche Konfliktbeilegung ermöglichen. Des Weiteren sind Hochschulprogramme zugunsten einer Kultur des Friedens zu unterstützen und auszuweiten.

Kultur des Friedens im 21. Jahrhundert

Nach dem UN-Beschluss zu einer Kultur des Friedens im Jahre 1999, der lokalen und internationalen Akteuren als konkrete Anweisung zur Schaffung einer Kultur des Friedens dienen sollte, folgten das Jahr 2000 als internationales Jahr für eine Kultur des Friedens, sowie der Zeitraum von 2000-2010 als internationale Dekade für eine Friedenskultur. Durch diese Initiativen sollten friedensorientierte Werte global sichtbar gemacht werden, um eine Ausrichtung des neuen Jahrhunderts auf ebendiese Werte zu ermöglichen. Daraus resultierten mehrere Erfolge: So wurde beispielsweise auf Einladung der UNESCO durch eine Gruppe von Friedensnobelpreisträgern das *Manifest 2000* verfasst, das als Selbstverpflichtungserklärung gegen Gewalteinsätze diente, und schließlich mit über 75 Millionen Unterschriften der UN-Vollversammlung übergeben wurde (UNESCO, 2000). Auch entstanden aus diesem Beschluss zahlreiche weitere Beschlüsse, etwa die *UN-Resolution 1325* für den Schutz von Frauenrechten (United Nations Security Council [UNSC], 2000), die Erklärung der internationalen Dekade der Annäherung der Kulturen (UNGA, 2012) und der Beschluss zur Förderung des interreligiösen und interkulturellen Dialogs und der Toleranz bei der Bekämpfung von Hetze (UNGA, 2019a).

Auch durch diese Erfolge blieb das Programm zu einer Kultur des Friedens im Diskurs der UN präsent. Obgleich es unter den Mitgliedstaaten nicht nur auf Unterstützung traf, blieb die Zielsetzung des Programms unverändert und hatte über die Jahre ihren festen Platz in den Strategiedokumenten der UNESCO. Zum 20. Geburtstag der UN-Erklärung von 1999 veröffentlichten die UN eine Nachfolgeerklärung zum Friedenskultur-Programm (UNGA, 2019b). Diese dient zur erneuten Selbstverpflichtung der UN und aller Mitgliedsstaaten zu einer friedensförderlichen Agenda und damit zur anhaltenden Mobilisierung friedensorientierter Maßnahmen. Eine konkretere Einschätzung der Wirkungsreichweite des Programms lässt sich nur schwer vornehmen; die durch das Programm angestrebten sozialen Veränderungen sind z.T. kleinteilig in verschiedensten Bereichen des globalen Zusammenlebens verankert. Auch steht die Welt aktuell vor ganz neuen, gleichzeitig fast mittelalterlich anmutenden Herausforderungen: So warf zuletzt der Ausbruch der weltweiten Pandemie durch SARS-CoV-2 neue Fragen zum internationalen Zusammenhalt und zu interkultureller Solidarität auf (beispielsweise wenn es um die vorübergehende Aufhebung des Patentschutzes für Impfstoffe ging). Sicher ist jedoch, dass im Lichte dieser Entwicklungen die fortwährende Relevanz des Programms, das auf globaler Ebene für ein solidarisches Miteinander wirbt, außer Frage steht. Um ein Vielfaches mehr gilt dies im Angesicht des Kriegs in der Ukraine.

Zusammenfassend stellt das Friedenskultur-Programm der Vereinten Nationen ein Mandat zur langfristigen Umsetzung effektiver multilateraler Zusammenarbeit dar. Es ist das Produkt erfolgreicher globaler Kooperation, die durch die Schirmherrschaft von UN und UNESCO verschiedenste politische, soziale, wirtschaftliche und wissenschaftliche Bereiche miteinander verbindet. Es entstand während des späten 20. Jahrhunderts und setzte sich zum Ziel, das neue Jahrtausend mit der Popularisierung von friedensorientierten Werten und Absichten einzuläuten.

Durch eine Reihe von Folgeresolutionen und -beschlüssen, und aufgrund anhaltender globaler Konflikte und Kriege, präsentiert sich das Programm heute aktueller denn je. Über allem schwebt die Frage, inwieweit das UN-initiierte Zusammenwirken von Resolutionspolitik und „Grassroot“-Aktivitäten für eine Kultur des Friedens in einer nach wie vor immer wieder von kriegerischen Aktivitäten geprägten Welt eine echte Chance der Verwirklichung hat. Eine Annäherung an die Beantwortung dieser Frage versuchen die folgenden Abschnitte.

Psychologische Grundlagen einer nachhaltigen Kultur des Friedens

Nachdem die institutionellen Voraussetzungen und globalen Pläne für eine Kultur des Friedens behandelt worden sind, wird im folgenden Teil des Kapitels explizit auf die Rolle von Psycholog*innen eingegangen. Hierzu werden auch verschiedene, im engeren Sinne psychologische Prinzipien für die Umsetzung bzw. Durchsetzung einer solchen Friedenskultur diskutiert.

Beteiligung von Psycholog*innen an der Verwirklichung einer Kultur des Friedens

Seit Ende des Kalten Krieges gibt es vermehrt Diskussionen darum, wie Psycholog*innen zu einer Kultur des Friedens beitragen können. Die UNESCO, Unterorganisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur, beauftragte 1994 das damalige „Committee for the Psychological Study of Peace“ (CPSP) der „International Union of Psychological Science“ (IUPsyS) mit der Erstellung eines Arbeitspapiers zu diesem Thema. Das vorliegende Kapitel versucht — weiterhin in Anlehnung an die damaligen Diskussionen³ — die wesentlichen Beiträge der Psychologie zu Frieden und sozialer Gerechtigkeit zu verdeutlichen. Es wird versucht, Bezüge der Arbeit von Psycholog*innen zu den im UN-Aktionsprogramm genannten Schlüsselkomponenten herauszuarbeiten.⁴

Es gibt viele Möglichkeiten für Psycholog*innen, zu einer Kultur des Friedens beizutragen, etwa durch die Beratung von UN-Vertretungen und Nicht-Regierungsorganisationen (*Non-Governmental Organizations*, NGOs) in Bezug auf ihre Struktur und die Schulung von Mitarbeitenden, durch die direkte Teilhabe an einer psychologisch fundierten Entwicklung friedensförderlicher Organisationen, durch die Sensibilisierung der Öffentlichkeit für psychologische Aspekte von Fragen des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit sowie durch die Information und Beeinflussung der staatlichen Politik (Wessells, Schwebel & Anderson, 2001).

³ <https://www.iupsys.net/about/archives-and-documents/report-of-the-iupsys-committee-for-the-psychological-study-of-peace-cpsp.html>

⁴ Wenn hier ganz allgemein von Psycholog*innen gesprochen wird, so sind damit sowohl Wissenschaftler*innen als auch Vertreter*innen der Disziplin in der klinischen Praxis wie in anderen angewandten Kontexten gemeint.

Wenn hier von Politik die Rede ist, so geht es um politische Programmatik und die Vorbereitung von Maßnahmen, also um das, was im angelsächsischen Raum unter dem Stichwort „*Policy*“ behandelt wird. In diesem Sinne verstanden, kann Politik einerseits z.B. die kulturelle Sensibilität der Bevölkerung fördern und gewaltfreie Problemlösestrategien nahelegen. Politik kann aber auch kulturelle Hegemonie stärken (Stichwort: Leitkultur), die Verletzung von Menschenrechten psychologisch fundiert vorantreiben und eine Desensibilisierung von Individuen im Sinne eines Herunterspielens von Bedrohungen zum Ziel haben. Eine psychologische Fundierung von Politik macht diese nicht automatisch zu einer Politik, die einer Kultur des Friedens dient. Die Ausrichtung der Politik auf ein derartiges Ziel ist Resultat politischer Willensbildung.

Psychologische Prinzipien für die Umsetzung einer nachhaltigen Kultur des Friedens

Prinzip 1: Biologischer Determinismus fördert Gewalt und soziale Ungleichheit

Die Präambel der Verfassung der UNESCO (1949) setzt den Kontext für eine psychologisch-kulturelle Analyse, indem sie deklariert, „Krieg beginnt in den Köpfen von Menschen“. Es ist die Rede von Köpfen und nicht von Genen. Die Vorstellung, das Denken von Menschen neige naturgegeben zu Gewalt, wurde von Wissenschaftlern aus aller Welt Anfang der 1980er Jahren in Sevilla (Spanien) kritisch untersucht und zurückgewiesen. Das *Seville Statement on Violence* (Adams et al., 1990) macht deutlich, dass Menschen zwar die Möglichkeit dazu haben, Krieg zu führen, aber nicht biologisch dazu verdammt sind. Das Lessing'sche Credo 'Kein Mensch muss müssen' bezieht sich auch auf das Führen von Kriegen. Menschen haben Krieg als Mittel der Durchsetzung ihrer Interessen entdeckt und zur Perfektion entwickelt. In gleicher Weise sind sie biologisch gesehen in der Lage, Frieden als Mittel der Durchsetzung der Interessen aller Menschen zu entdecken (Pagani & Robustelli, 2010) und zu dessen Entwicklung beizutragen. Biologischer Determinismus negiert den Beitrag, der strukturellen und kulturellen Faktoren bei einer Vielzahl von Themen zukommt (etwa in der Produktion eines allgegenwärtigen „Wir-gegen-die“-Denkens, dessen soziale Gewordenheit u.a. die Arbeiten von Tajfel, 1982, eindrucksvoll belegen). Der Rückzug auf Annahmen biologischer Determiniertheit bestimmter sozialer Verhaltensweisen leistet — sprachlich paradox — einem übertriebenen Psychologismus Vorschub, also einer Sichtweise, bei der sozial produzierte Probleme allein aus der Psyche des Menschen heraus erklärt werden und sozialstrukturelle Bedingungen unbeachtet bleiben (Ulmann, 1991). Widerstand gegen biologischen Determinismus sollte dabei nicht als Leugnung der Tatsache verstanden werden, dass der Mensch ein biologisches Wesen ist. In ihm kommt vielmehr die Überzeugung zum Ausdruck, dass Menschen einen aktiven Einfluss auf ihre Gewordenheit und ihre — gewalttätigen oder friedlichen — Handlungsweisen haben, wie bereits von James (1905) in seinem so genannten ‚ideomotorischen‘ Prinzip niedergelegt wurde.

Prinzip 2: Die Verringerung sozialer Ungleichheit zwischen Individuen und zwischen Gesellschaften fördert Frieden

Obgleich das Thema der sozialen Ungleichheit i.d.R. eher Gegenstand soziologischer Forschung ist (Karides, Misra, Kennelly & Moller, 2001), liegen hierzu auch psychologische Forschungsergebnisse vor. Dies betrifft v.a. die Arbeit von Gemeindepsycholog*innen, wenn es um soziale Ungleichheit unter dem Stichwort ‚Primärprävention‘ geht. Bereits Cahill (1983) thematisierte soziale Ungleichheit in seinen fünf Risikofaktoren für die psychische Gesundheit: Konjunkturschwankungen, Arbeitslosigkeit, Einkommensungleichheit, Kapitalflucht und Arbeitsteilung i.S. übermäßiger Fragmentierung von Arbeitsprozessen. Sozialpsycholog*innen arbeiten sowohl in experimenteller als auch in korrelativer Forschung heraus, dass ausgeprägte soziale Ungleichheit i.S. großer Unterschiede zwischen Reich und Arm zu sozialen Vergleichsprozessen führt, die für sehr viele Menschen einen negativen Ausgang haben (Smith, Diener & Wedell, 1989) und reduziertes Wohlbefinden nach sich ziehen (Hagerty, 2000). Im Sinne derartiger Forschungsergebnisse lässt sich auch aus dem Kernbereich der Psychologie heraus die Feststellung treffen, dass Armut der psychischen Gesundheit schadet und sozialen Unfrieden stiftet (siehe auch Chacon & Chacon, 2019).

Prinzip 3: Gewalt kann durch Konfliktmanagement und konstruktive Nutzung von Konflikten verhindert werden

Forschung zum Thema Konfliktmanagement unterscheidet zwischen der Existenz von Konflikten und Handlungen zur Lösung von Konflikten. Konflikte ergeben sich aus real unvereinbaren Zielen von Individuen und Gruppen und sind als solche unvermeidlich. Eine gewalttätige Lösung von Konflikten hingegen ist nur eine Option unter vielen und deshalb vermeidbar (siehe auch Kapitel „Konflikttypen und -phasen“ von Baros). Als besonders wichtig für die Vermeidung gewalttätiger Konfliktbearbeitung hat sich die kreative Suche nach Problemlösungen erwiesen, die allen Beteiligten eines Konfliktes Vorteile verschaffen (‚Win-Win-Solutions‘) — im Gegensatz zu Lösungen, die Profiteure und Geschädigte zurücklassen (‚Zero-Sum-Solutions‘, Rubin & Levinger, 1995). Insbesondere die Arbeiten des 2017 verstorbenen Morton Deutsch (z.B. 2000) und von Ervin Staub (2012, 2018) haben gezeigt, dass die Suche nach kreativen Problemlösungen erlernbar ist.

Prinzip 4: Eine Förderung gewaltfreier Traditionen kann gewalttätige Vorkommnisse auf zwischen- und innerstaatlicher Ebene reduzieren

Eine Vielzahl kultureller Überlieferungen fördert eine Kultur der Gewalt. Viele dieser Überlieferungen verweisen auf den vermeintlich notwendigen Kampf des Guten gegen das Böse, und fußen auf Auserwähltheitskonzepten (Galtung, 1996). Kulturelle Überlieferungen der angesprochenen Art, so genannte Narrative, unterfüttern die Legitimität organisierter

Gewalt und sind damit Grundlage eines weltweiten Militarismus. Dies zeigt auch die ‚realistische‘ Tradition in der Gestaltung zwischenstaatlicher Beziehungen, die von der Annahme geleitet ist, dass zwischenstaatliche System sei anarchisch und die menschliche Natur egoistisch, opportunistisch und machtmaximierend. Betrachtet man diese Annahmen als gegeben, so folgt daraus eine Erwartung, dass Führungspersönlichkeiten die Interessen des Staates durch Verfestigung, Erweiterung und Demonstration von Macht voranzubringen trachten (Morgenthau, 1972). Aus dieser — vermeintlich — realistischen Annahme leitet sich regelhaft die Überzeugung ab, Frieden sei nur durch Stärke erreichbar. Sie bildet damit die Grundlage für globalen Militarismus, da Frieden nur durch die Entwicklung und Unterhaltung von Waffen erreichbar scheint. Die dominante kulturelle Überlieferung unserer Zeit entstammt der Antike und lautet „Si vis pacem para bellum!“, und fand sich fast wortgleich im vormaligen Credo der Nationalen Volksarmee der DDR: „Der Frieden muss bewaffnet sein!“. Im Gegensatz zu gewaltaffinen kulturellen Überlieferungen und so genannten realistischen Ideologien delegitimieren gewaltfreie kulturelle Überlieferungen den Gebrauch von Zwang und Gewalt auf allen Ebenen (siehe auch Bramsen, 2019). Der Sieg Mahatma Gandhis über die britische Kolonialmacht, die Nelkenrevolution in Portugal 1974, der Kampf Nelson Mandelas gegen die Apartheid in Südafrika oder der friedliche Umsturz in der DDR sind Beispiele für gewaltfreie politische Veränderungen. Sie verweisen darauf, wie erfolgversprechend gewaltfreie Konfliktlösungsstrategien sein können. Ein wesentlicher Kern derartiger Überlieferungen ist die Tendenz, den ‚Feind‘ zu humanisieren, statt zu dehumanisieren, Feindbilder abzubauen (siehe auch Kapitel „Feindbilder“ von Sommer). Psychologische Forschung, die die friedensfördernde Funktion eines Abbaus von Feindbildern deutlich macht, liegt in größerer Zahl vor (Bronfenbrenner, 1961; Sommer, Becker, Rehbein & Zimmermann, 1992); psychologische Begleitforschung zu den südafrikanischen Wahrheits- und Versöhnungskomitees belegt deren Fruchtbarkeit für die Schaffung von innerem Frieden in Südafrika (de la Rey & Owens, 1998).

Prinzip 5: Gewaltfreies Handeln ist ein Mittel zur Förderung sozialer Gerechtigkeit

Zur Zeit ist die psychologische Forschungsliteratur zu gewaltfreien Ansätzen für sozialen Wandel weiterhin recht dünn, aber es gibt u.a. Versuche, den Erfolg des Ghandi'schen Ansatzes psychologisch zu deuten (Mayton, 2001) und die allgemeinen psychologischen Prinzipien, die in gewaltlosen politischen Aktionen zum Ausdruck kommen, zu systematisieren (Montiel, 2001). Während Beispiele für den politischen Erfolg gewaltloser Aktionen zur Förderung sozialer Gerechtigkeit in großer Zahl vorliegen (Sharp, 2013), gibt es psychologische Analysen dieser Erfolge bisher kaum (Bläsi, 2004). Steger (2001) versucht eine derartige Analyse an dem gut dokumentierten Fall nicht-jüdischer deutscher Frauen, die mit einer gewaltfreien Aktion den Abtransport ihrer jüdischen Männer in die Vernichtungslager zumindest zeitweilig verhinderten. Auch der Kampf um soziale Gerechtigkeit im Sinne einer verstärkten Berücksichtigung der Interessen Benachteiligter ist bis zum heutigen Tag stark von Mythen der Gewalt durchdrungen. Man denke etwa an die allgemein positive Bewertung des Tyrannenmordes, an die Heroisierung solcher Personen wie der des Florian Geyer,

Heerführer in den Bauernkriegen, oder des Thälmann-Bataillons im Spanischen Bürgerkrieg. Berichtete die frühere Version der Abhandlung zum Thema Kultur des Friedens in der ersten Auflage dieses Handbuchs (Sommer & Fuchs, 2004) noch davon, dass in der psychologischen Datenbank PsycInfo unter den Schlüsselbegriffen ‚gewaltfrei‘ (non-violent) und ‚soziale Gerechtigkeit‘ (social justice) seit 1887 keine einzige Studie verschlagwortet sei, sind es aktuell während der Erstellung dieses überarbeiteten Textes immerhin 10. Dennoch scheint psychologische Forschung in diesem Bereich weiterhin besonders dringlich.

Prinzip 6: Mehr Kommunikation und Kontakt insbesondere in Krisensituationen nützt dem Frieden

Seit Ende des Kalten Krieges definieren Staatsgrenzen in geringerem Maße die Konfliktlinien der Weltpolitik (Klare, 1998). Die im Kalten Krieg oft gehörte Formel von der Nicht-Zulässigkeit der Einmischung in innere Angelegenheiten verliert an Überzeugungskraft. Neu entstehende Konflikte innerhalb souveräner Staaten erlangen in unterschiedlichen Teilen der Welt Bedeutung (Christie & Dawes, 2001). Wenn nun — wie am Beispiel des Erblühens separatistischer Bewegungen in der Welt deutlich wird — Konfliktlinien einerseits in verschiedenen Ländern und Regionen der Welt gleichzeitig an Bedeutung gewinnen, andererseits entlang dieser Konfliktlinien innerhalb von Gesellschaften neue Kontroversen aufbrechen, so kann man dies aus einer psychologischen Perspektive als Ausdruck eines grassierenden Identitätsverlustes deuten (Jamieson et al., 2005). Menschen, denen das traditionelle Gemeinwesen Staat nicht hinreichend Sicherheit und Identität gewährleistet, versuchen durch Rückzug auf kleinteiligere Identitätsbezüge neue Sicherheiten zu gewinnen. Einher geht dieser Prozess dann regelmäßig mit der Abgrenzung von anderen Gruppen, die verstärkt als Feinde herausgestellt werden. Wahrnehmungen ‚relativer Deprivation‘ gegenüber den — neu definierten — Anderen verschärfen Intergruppenkonflikte innerhalb von Gesellschaften und erhöhen die Zustimmung zu Dominanzideologien der Selbstdurchsetzung (Hefler, Rippl & Boehnke, 2001). Neue Feindbilder verselbständigen sich und schaffen neue Mythen (Alexander, Levin & Henry, 2005). Gerade in solchen Situationen gilt das Credo der UNESCO (1997) umso mehr: „Es gab niemals einen Krieg ohne Feind und um den Krieg abzuschaffen, müssen wir Feindbilder durch Verständnis, Toleranz und Solidarität unter allen Menschen und Kulturen ersetzen“. Auch wenn hierzu widersprüchliche Forschungsergebnisse existieren, so zeigt eine bereits 1998 von Pettigrew vorgelegte Metaanalyse vieler hundert Studien, dass das beste Mittel gegen Feindbilder die Kommunikation und der Kontakt zu den vermeintlichen Feinden ist. Pettigrew (1998) gelingt ein überzeugender Beleg weitreichender Gültigkeit dieser so genannten *Kontakthypothese*. Allerdings beziehen sich die meisten von Pettigrew durchgesehenen Studien auf Kommunikation und Kontakte zwischen kleinen Gruppen, selten zwischen Großgruppen der Bevölkerung wie es in zwischenstaatlichen Feindschaften der Fall wäre. Wenn Spannungen und Intoleranz zwischen Großgruppen oder Staaten zu eskalieren beginnen, werden allzu oft diplomatische Beziehungen, ob nun formell oder informell, eher

abgebrochen als ausgebaut. Aber auch in diesem Bereich lohnt sich hingegen Kommunikations- und Kontaktintensivierung. Kelman (1999) hat hierzu das Instrument des interaktiven Problemlösungsworkshops entwickelt. Er bringt darin – explizit unter der Bedingung, dass nicht verhandelt wird – prominente Mitglieder der Konfliktparteien zusammen. Gearbeitet wurde mit diesem Instrument im Kontext mit langwierigen Konflikten wie denen auf Zypern und Sri Lanka, in Bosnien und Nordirland, und zwischen Israel und Palästina. Kelman (1998) nimmt für sich in Anspruch, durch derartige Workshops wesentlich zur Unterzeichnung des Abkommens von Oslo zwischen Yitzak Rabin, Shimon Perez und Jassir Arafat beigetragen zu haben (Fisher, 2004). Einen ähnlichen Ansatz verfolgen auch Broome und Anastasiou (2012) im Zypernkonflikt, während Shani und Boehnke (2017) von so genannten Encounter-Gruppen von jüdischen und palästinensischen Jugendlichen berichten.

Prinzip 7: Eine emanzipatorische Psychologie fördert konstruktive gesellschaftliche Veränderungen

Die individualistische Ausrichtung der angloamerikanischen und westeuropäischen Psychologie hat dem Konzept des so genannten Empowerment zum Aufstieg verholfen. Das Konzept geht davon aus (u.a. Macy, 1992), dass die Verbesserung der Lebensbedingungen von Menschen vor allem von der Fähigkeit abhängt, sich Kontrolle über die Umwelt zu verschaffen (Zimmerman, 1995). Die Rolle von Psycholog*innen im Bemühen um Empowerment besteht darin, Individuen zu unterstützen, Ich-Stärke zu entwickeln, um sich gegen machthabende Eliten zur Wehr und letztlich durchzusetzen (Perkins & Zimmerman, 1995). Hierbei kann die Unterstützung darin bestehen, machtlosen Individuen behilflich zu sein, sich in Netzwerke einzubinden und die Abhängigkeit von machthabenden Eliten, aber auch von professionellen Helfern (wie etwa Psycholog*innen) zu minimieren. Der Ansatz des Empowerment bleibt dennoch im Kern individualistisch, weil er davon ausgeht, dass starke – machtvolle – Individuen der Schlüssel zu gesellschaftlichen Veränderungen sind. In Folge dieses individualistischen Fehlschlusses hat die emanzipatorisch angelegte Psychologie des globalen Nordens wenig Einfluss auf Erfolge von sozialen Bewegungen nehmen können. Ansätze einer ‚Indigenous Psychology‘, also einer im kulturellen Kontext insbesondere von Entwicklungsländern formulierten Psychologie, haben hingegen dazu beigetragen, demokratischen Bewegungen zum Durchbruch zu verhelfen. Dies dürfte vor allem daran liegen, dass derartige Ansätze nicht auf die Selbst-Befähigung von Individuen ausgerichtet sind, sondern Gruppen, die für soziale Gerechtigkeit kämpfen, in der Auseinandersetzung mit Machteliten zu stärken suchen. Auch in Südafrika sind Ansätze einer Psychologie der Befreiung im Kampf gegen die Apartheid bedeutsam geworden (Dawes, 2001). Der Einfluss der benannten Ansätze liegt vor allem darin begründet, dass sie den Grundsatz des Empowerments kollektivistisch definieren und auf die konkrete Problemlage eines Landes beziehen. Zudem verweigern sie sich – wie Prilleltensky (1997) ausführt – den vorherrschenden Deutungsmustern der euro-amerikanischen Psychologie. Vereinzelt liegen allerdings auch aus der angloamerikanischen Empowerment-Literatur gruppenbezogene Ansätze vor, die dann aber bezeichnenderweise aus der Feder von Soziologen stammen, so etwa der fast schon klassische Text von Alinsky (1999):

Anleitung zum Mächtigkeitsein. Gleichzeitig verwundert es nicht, dass zu Prinzip 7 vor allem Texte zur Bedeutung einer emanzipatorischen Psychologie in benachteiligten Teilen der Welt vorliegen (Mayengo et al., 2018).

Prinzip 8: Die Förderung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern ist eine friedensfördernde Maßnahme

Aktuell gibt es keine Gesellschaft, in der Frauen dasselbe Niveau an materiellem Wohlergehen genießen wie Männer. International gibt es Initiativen, die eine Reduktion dieser Ungleichheit zum Ziel haben (z.B. die Vierte Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen 1995 in Peking, das diese Konferenz ergänzende Forum der Nicht-Regierungsorganisationen oder die Sondersitzung der UN-Vollversammlung zum Thema ‚Peking + 5‘ im Juni 2000). Jenseits dieser politischen Anstrengungen lassen sich jedoch auch psychologische Forschungsergebnisse dafür ins Feld führen, dass Gleichheit von Frauen und Männern positive Auswirkungen auf Gewaltreduktion hat. Im Rahmen der so genannten ‚Macht-Kontroll-Theorie geschlechtsspezifischer Delinquenz‘ (u.a. Hagan, Gillis & Simpson, 1985) konnte gezeigt werden, dass eine unterschiedliche Erwerbsarbeitsbeteiligung von Frauen und Männern mit geschlechtsspezifischen Erziehungspraktiken in der Familie einhergeht. Diese wiederum sind einer höheren Gewaltbeteiligung von Männern förderlich. Eine deutsch-kanadische Vergleichsstudie mit mehr als 600 gegengeschlechtlichen Geschwisterpaaren und ihren Eltern belegt für Familien, in denen Frauen einen geringen beruflichen Status haben, einen deutlichen Zusammenhang zwischen der Ungleichheit in der Erwerbsarbeitsbeteiligung von Frauen und Männern, den innerfamilialen Erziehungspraktiken und der Gewalt- und Delinquenzbeteiligung von Jungen vs. Mädchen: Insbesondere in sozial benachteiligten Familien gehen unterschiedliche Berufsrollen von Vätern und Müttern (der Mann als Ernährer, die Frau als Hinzuverdienerin) auch mit einer geschlechtsspezifischen Erziehung einher, die Jungen letztlich mehr Gewaltbeteiligung zubilligt als Mädchen (Hagan, Boehnke & Merkens, 2002). Die Studie zeigt, dass geschlechtsspezifische Strukturen des Arbeitsmarktes durch ihre Auswirkungen auf familiäre Erziehungspraktiken einen Anteil am Zustandekommen des Gewaltpotentials einer Gesellschaft haben können. Erstaunlicherweise hat die Thematik der Geschlechtergleichheit (‚gender equality‘) in ihrer Bedeutung für eine Kultur des Friedens seit der ersten Auflage des hier vorliegenden Handbuchs in der wissenschaftlichen Psychologie (PsycInfo) nur eine geringe Rolle gespielt (siehe aber Stephenson, 2009). Zu den Themen geschlechtsbasierter Diskriminierung im Arbeitsleben und zu strukturellem Sexismus gibt es umfängliche Forschung (z.B. Morgenroth & Ryan, 2018), doch findet dies in Arbeiten zu einer Kultur des Friedens bisher keinen nennenswerten Niederschlag. Jenseits der Geschlechterfrage spielt hingegen Erziehung im Kontext einer Kultur des Friedens eine große Rolle, doch kann dieser Argumentationsstrang hier nicht weiter ausgeführt werden (Schell-Faucon, 2004).

Prinzip 9: Prävention geht vor Intervention

Prävention ist aus psychologischer Sicht bereits deshalb dringlich, weil psychologische Intervention *nach* Kriegshandlungen höchst uneffektiv ist. Selbst wenn alle Psycholog*innen für solche Interventionen ausgebildet wären und diese kultursensitiv und effizient einsetzen würden, wäre es nicht möglich, die aktuell weltweit von Kriegs- und Bürgerkriegshandlungen Betroffenen auch nur im Entferntesten wegen traumatischer Erlebnisse angemessen zu behandeln. Prävention und Intervention sind allerdings nicht strikt voneinander trennbar. Neuere psychologische Arbeiten zur Bedeutung von Prävention heben den Aspekt der ‚Heilung‘ als Präventionsmaßnahme hervor. Dies beruht auf der Erkenntnis, dass viele Kriege ausbrechen, weil die Wunden früherer Auseinandersetzungen nicht ‚geheilt‘ wurden. Psycholog*innen, die an der Prävention kriegerischer Handlungen mitwirken wollen, können dies zuallererst dadurch tun, dass sie an Programmen mitwirken, die das Zustandekommen der erlittenen ‚Wunden‘ thematisieren. Ziel ist es dabei, den Rache-Automatismus auszuschalten (Staub, 2000). Wichtig ist jedoch auch hier die kulturelle Kontextualisierung der präventiv gedachten Interventionsmaßnahmen. Interventionen, die ein mechanistisches Verständnis von Intervention und Wirkung im Sinne eines behavioristischen Stimulus-Response-Ansatzes haben und dem euro-amerikanischen Individualismus verpflichtet sind, können allenfalls im euro-amerikanischen Kontext zu Erfolg führen, in anderen Teilen der Welt sind sie kontraproduktiv (Gergen, Gulerce, Lock & Misra, 1996; Schliep, Boehnke & Montiel, 2015).

Versucht man einen zusammenfassenden Blick auf die neun benannten Prinzipien psychologie-basierten Handelns für die Etablierung einer Kultur des Friedens, so wird schnell deutlich, dass psychologisches Handeln jedweder Art in Forschung und therapeutischer Intervention bei einem Verharren innerhalb eng gezogener disziplinärer Grenzen wenig Aussicht auf Erfolg hat. Der sprichwörtliche Blick über den Tellerrand, insbesondere auf Kollektive, Organisationen, Institutionen und deren Strukturen ist dringlich.

Skepsis gegenüber psychologischer Parteinahme

Obwohl Psycholog*innen eine bedeutsame Rolle in der Entwicklung, Implementierung, Durchsetzung und Evaluation politischer Programme spielen können, existiert in der Disziplin Skepsis. Skeptiker*innen — unter ihnen auch Politische Psycholog*innen — argumentieren, dass Fragen der politischen Programmatik den Rahmen der Wissenschaft Psychologie sprengen (Suedfeld & Tetlock, 1992).

Parteinahme bei kontroversen politischen Themen kann in der Tat die Glaubwürdigkeit der Psychologie als Wissenschaft beschädigen. Verwiesen sei auf die Unterstützung deutscher Psycholog*innen für die Politik der Nationalsozialisten — einschließlich der Shoah — oder auf die Mitwirkung klinischer Psycholog*innen bei der Verfolgung von Dissidenten in Ländern des ehemals real existierenden Sozialismus. Berüchtigt ist auch der wesentliche Beitrag von US-PsychologInnen bei der Entwicklung von Verhörmethoden in den US-amerikani-

schen Gefangenenlagern Guantanamo und Abu Ghraib (hierzu auch Marsella, 2011). Politisches Engagement von Psycholog*innen ist allerdings insgesamt eher selten zu beobachten; weithin verhalten sich Psycholog*innen gegenüber der Politik bestenfalls reaktiv. Sie leisten Hilfe bei der Milderung von Konsequenzen politisch verursachter direkter wie struktureller Formen der Gewalt. Seit Ende des Kalten Krieges sind Psycholog*innen verstärkt dazu aufgerufen, Opfern von Gewalt in aller Welt beizustehen und sich mit Folgen struktureller Gewalt einer Politik freier Märkte zu beschäftigen, die eine sich vergrößernde Kluft des materiellen Wohlstands in der Welt produziert (Pilisuk, 2001).

Die Gefahren politischer Parteinahme der Psychologie durchaus anerkennend wäre insofern zu fragen, ob sich Psycholog*innen nicht doch verstärkt im Sinne von Prävention in die Entwicklung politischer Programmatik einmischen müssen, um die Anzahl ihrer Einsätze an Brennpunkten politischer Fehlentwicklungen zu reduzieren.

Schlussbemerkung

Das hier vorgelegte Kapitel hat neun Prinzipien erörtert, die Mitwirkungsmöglichkeiten von Psycholog*innen an der Schaffung bzw. Stärkung einer weltweiten Kultur des Friedens in ihren Grundlagen umreißen. Eine Kultur des Friedens ist nach den Schriften der Vereinten Nationen gekennzeichnet von Gewaltlosigkeit, einer Achtung aller Menschenrechte, Toleranz und Solidarität, Gleichheit zwischen Frauen und Männern, einer nachhaltigen weltweiten Entwicklung, einem demokratischen Gemeinwesen, freiem Informationsfluss und einer Erziehung zum Frieden.

Wir haben anhand eines zwangsläufig sehr selektiven Literaturüberblicks versucht, die Schlüssigkeit der neun vorgestellten Prinzipien zu belegen. Es dürfte deutlich geworden sein, dass die Mitarbeit von Psycholog*innen an der Entwicklung und Stärkung einer ‚Kultur des Friedens‘ Parteilichkeit erfordert, nämlich Parteilichkeit für die von den Vereinten Nationen formulierten Anforderungen an eine Kultur des Friedens. Wo immer in der Welt die Grundsätze der Vereinten Nationen verletzt werden, dürfen und müssen Psycholog*innen für die Durchsetzung der genannten Grundsätze Partei ergreifen. Der Forschungsstand der Psychologie als Wissenschaft gibt ihnen hierfür eine brauchbare, wenn auch noch lange nicht überzeugende Richtschnur. Besonders wichtig und gleichzeitig besonders schwierig scheint es, die Beachtung der Grundsätze der Vereinten Nationen zu gewährleisten: Es wäre fatal, zur Durchsetzung der Allgemeinen Deklaration der Menschenrechte in der ganzen Welt den Grundsatz der Gewaltlosigkeit hintanzustellen, es wäre fatal, eine nachhaltige Entwicklung unter Verzicht auf Toleranz und Solidarität zu fördern und es wäre fatal, um ein demokratisches Gemeinwesen unter Verzicht auf die Gleichheit von Frauen und Männern zu streiten. Einen Kampf der Kulturen, wie er von Huntington (1998) beschrieben wird, i.S. einer Durchsetzung einzelner der oben angesprochenen Prinzipien, wie dies in einer Interventionspolitik nicht zuletzt auch von USA und NATO offenbar wird, verhindert die Schaffung einer Kultur des Friedens (Marsella, 2011). Gerade für die Schaffung einer Kultur des Friedens und für die Mitwirkung von Psycholog*innen an diesem Prozess kommt es

darauf an, die Grundsätze der Vereinten Nationen ganzheitlich zu begreifen. Die Psychologie als Wissenschaft kann und sollte hierauf Einfluss nehmen und gleichzeitig den Erkenntnisstand psychologischer Friedensforschung durch neue Forschungsprogramme wesentlich erweitern.

Literaturverzeichnis

- Adams, D., Barnett, S. A., Bechtereva, N. P., Carter, B. F., Delgado, J. M. R., Diaz, J. L. ... Wahlstrom, R. (1990). The Seville Statement on Violence. *American Psychologist*, 45(10), 1167-1168. <https://doi.org/10.1037/0003-066X.45.10.1167>
- Alexander, M. G., Levin, S. & Henry, P. J. (2005). Image theory, social identity, and social dominance: Structural characteristics and individual motives underlying international images. *Political Psychology*, 26(1), 27-45. <https://doi.org/10.1111/j.1467-9221.2005.00408.x>
- Alinsky, S. D. (1999). *Anleitung zum Mächtigsein*. Göttingen: Lamuv.
- Anderson, A. & Christie, D. J. (2001). Some contributions of psychology to policies promoting cultures of peace. *Peace and Conflict: Journal of Peace Psychology*, 7(2), 173-185. https://doi.org/10.1207/S15327949PAC0702_07
- Boehnke, K. (1991). Psychosoziale Konversionsforschung: Eine Notwendigkeit der Friedensforschung. *TU Forschung aktuell*, 8(36-38), 96-97.
- Bläsi, B. (2004). Gewaltfreier Widerstand. In G. Sommer & A. Fuchs (Hrsg.), *Krieg und Frieden: Handbuch der Konflikt- und Friedenspsychologie* (S. 412-422). Weinheim: Beltz.
- Bramsen, I. (2019). Avoiding violence: Eleven ways activists can confine violence in civil resistance campaigns. *Conflict Resolution Quarterly*, 36(4), 329-344. <https://doi.org/10.1002/crq.21254>
- Bronfenbrenner, U. (1961). The mirror-image in Soviet-American relations. *Journal of Social Issues*, 17(3), 45-56. <https://doi.org/10.1111/j.1540-4560.1961.tb01682.x>
- Broome, B. J. & Anastasiou, H. (2012). Communication across the divide in the Cyprus conflict. In D. Landis & R. D. Albert (Hrsg.), *Handbook of ethnic conflict: International perspectives* (S. 293-324). Boston, MA: Springer. https://doi.org/10.1007/978-1-4614-0448-4_12
- Cahill, J. (1983). Structural characteristics of the macroeconomy and mental health: Implications for primary prevention research. *American Journal of Community Psychology*, 11(5), 553-571. <https://doi.org/10.1007/BF00896805>
- Chacon, R. J. & Chacon, Y. (2019). Exploring warfare and violence from a cross-cultural perspective: Introduction to the special issue. *Human Nature*, 30(2), 145-148. <https://doi.org/10.1007/s12110-019-09341-9>
- Christie, D. J. & Dawes, A. (2001). Tolerance and solidarity. *Peace and Conflict: Journal of Peace Psychology*, 7(2), 131-142. https://doi.org/10.1207/S15327949PAC0702_04
- Cohrs, J. C., Christie, D. J., White, M. P. & Das, C. (2013). Contributions of positive psychology to peace: Toward global well-being and resilience. *American Psychologist*, 68(7), 590-600. <https://doi.org/10.1037/a0032089>

- Dawes, A. (2001). Psychologies for liberation: Views from elsewhere. In D. J. Christie, R. V. Wagner & D. D. N. Winter (Hrsg.), *Peace, conflict, and violence: Peace psychology for the 21st century* (S. 295-306). Englewood Cliffs, NJ: Prentice Hall/Pearson Education.
- de la Rey, C. & Owens, I. (1998). Perceptions of psychosocial healing and the Truth and Reconciliation Commission in South Africa. *Peace and Conflict: Journal of Peace Psychology*, 4(3), 257-270. https://doi.org/10.1207/s15327949pac0403_4
- Deutsch, M. (2000). Cooperation and competition. In M. Deutsch & P.T. Coleman (Hrsg.), *The handbook of conflict resolution: Theory and practice* (S. 21-40). San Francisco, CA: Jossey-Bass.
- Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen. (1994). Gleiche Menschenrechte für alle. Dokumente zur Menschenrechtsweltkonferenz der Vereinten Nationen in Wien 1993. Verfügbar unter: https://menschenrechte-durchset-zen.dgvn.de/fileadmin/user_upload/menschenr_durchsetzen/bilder/Menschenrechtsdokumente/2.1_Wiener_Erklaerung_und_Aktionsprogramm_web.pdf
- Fisher, R. J. (2004). Interaktive Konfliktlösung (G. Sommer & J. Paruch, Übers.). In G. Sommer & A. Fuchs (Hrsg.), *Krieg und Frieden: Handbuch der Konflikt- und Friedenspsychologie* (S. 480-492). Weinheim: Beltz.
- Galtung, J. (1996). *Peace by peaceful means*. London, England: Sage.
- Gießmann, H. J. & Rinke, B. (Hrsg.) (2011). *Handbuch Frieden* (1. Aufl.). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Gergen, K. J., Gulerce, A., Lock, A. & Misra, G. (1996). Psychological science in cultural context. *American Psychologist*, 51(5), 496-503. <https://doi.org/10.1037/0003-066X.51.5.496>
- Gießmann, H. J. & Rinke, B. (Hrsg.) (2019). *Handbuch Frieden* (2. Aufl.). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-23644-1>
- Guetta, S. (2013). From peace education to culture of peace: Context and issues. *Studi sulla formazione/Open Journal of Education*, 16(1), 167-179. Verfügbar unter: <https://flore.unifi.it/retrieve/handle/2158/822428/280532/FROM%20PEACE%20EDUCATION%20TO%20CULTURE%20OF%20PEACE.pdf>
- Hagan, J., Boehnke, K. & Merckens, H. (2002). Gender differences in capitalization processes and the delinquency of siblings in Toronto and Berlin. *British Journal of Criminology*, 44(5), 659-676. <https://doi.org/10.1093/bjc/azh039>
- Hagan, J., Gillis, A. R. & Simpson, J. (1985). The class structure of gender and delinquency: Toward a power-control theory of common delinquent behavior. *American Journal of Sociology*, 90(6), 1151-1178. <https://doi.org/10.1086/228206>
- Hagerty, M. R. (2000). Social comparisons of income in one's community: Evidence from national surveys of income and happiness. *Journal of Personality and Social Psychology*, 78(4), 764-771. <https://doi.org/10.1037/0022-3514.78.4.764>
- Hefler, G., Rippl, S. & Boehnke, K. (2001). Armut als Nährboden jugendlicher Fremdenfeindlichkeit? Ein Ost-West-Vergleich. In A. Klocke & K. Hurrelmann (Hrsg.), *Kinder und Jugendliche in Armut: Umgang, Auswirkungen und Konsequenzen* (2. Aufl., S. 188-208). Opladen: Westdeutscher Verlag.

- Huang, S. & Throsby, D. (2011). Economic, political, and social determinants of peace. *The Economics of Peace and Security Journal*, 6(2), 5-14. Verfügbar unter: <https://www.epsjournal.org.uk/index.php/EPSJ/article/view/125/119>
- Huntington, S. P. (1998). *Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert*. München: Goldmann.
- James, W. (1905). *The principles of psychology*. New York, NY: H. Holt.
- Jamieson, L., Wallace, C., Machacek, L., Boehnke, K., Ros, M., Condor, S. ... Grad, H. (2005). *Orientations of young men and women to citizenship and European identity*. Brüssel: Final report HPSE-CT-2001-00077 to the European Commission. Verfügbar unter: https://cordis.europa.eu/docs/projects/files/HPSE/HPSE-CT-2001-00077/100123871-6_en.pdf
- Karides, M., Misra, J., Kennelly, I. & Moller, S. (2001). Representing the discipline: Social Problems compared to ASR and AJS. *Social Problems*, 48(1), 111-128. <https://doi.org/10.1525/sp.2001.48.1.111>
- Kelman, H. C. (1998). Social-psychological contributions to peacemaking and peacebuilding in the Middle East. *Applied Psychology: An International Review*, 47(1), 5-28. <https://doi.org/10.1111/j.1464-0597.1998.tb00010.x>
- Kelman, H. C. (1999). Interactive problem solving as a metaphor for international conflict resolution: Lessons for the policy process. *Peace and Conflict: Journal of Peace Psychology*, 5(3), 201-218. https://doi.org/10.1207/s15327949pac0503_2
- Klare, M. (1998). The era of multiplying schisms: World security in the twenty-first century. In M. Klare & Y. Chandrani (Hrsg.), *World security: Challenges for a new century* (S. 59-77). New York, NY: St. Martin's Press.
- Macy, J. R. (1992). Planetary perils and psychological responses: Despair and empowerment work. In S. Staub & P. Green (Hrsg.), *Psychology and social responsibility: Facing global challenges* (S. 30-58). New York, NY: New York University Press.
- Marsella, A. J. (2011). The United States of America: "A culture of war." *International Journal of Intercultural Relations*, 35(6), 714-728. <https://doi.org/10.1016/j.ijintrel.2011.09.007>
- Mayengo, N., Namusoke, J., Byamugisha, G., Sebukalu, P., Kagaari, J., Auma-Okumu, S. ... Dennis, B. (2018). A study of Ugandan children's perspectives on peace, conflict, and peace-building: A liberation psychology approach. *Peace and Conflict: Journal of Peace Psychology*, 24(3), 354-363. <https://doi.org/10.1037/pac0000344>
- Mayton, D. M. (2001). Gandhi as peacebuilder: The social psychology of Satyagraha. In D. J. Christie, R. V. Wagner & D. D. N. Winter (Hrsg.), *Peace, conflict, and violence: Peace psychology for the 21st century* (S. 307-313). Englewood Cliffs, NJ: Prentice-Hall.
- Merkel, C. M. (2011). Kultur des Friedens. In H. J. Gießmann & B. Rinke (Hrsg.), *Handbuch Frieden* (1. Aufl., S. 203-218). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Montiel, C. J. (2001). Toward a psychology of structural peacebuilding. In D. J. Christie, R. V. Wagner & D. D. N. Winter (Hrsg.), *Peace, conflict, and violence: Peace psychology for the 21st century* (S. 282-294). Englewood Cliffs, NJ: Prentice-Hall.

- Morgenroth, T. & Ryan, M. K. (2018). Addressing gender inequality: Stumbling blocks and roads ahead. *Group Processes & Intergroup Relations*, 21(5), 671-677. <https://doi.org/10.1177/1368430218786079>
- Morgenthau, H. J. (1972). *Politics among nations*. New York, NY: Random House.
- Pagani, C. & Robustelli, F. (2010). Young people, multiculturalism and educational interventions for the development of empathy. *International Social Science Journal*, 61(200-201), 247-261. <http://dx.doi.org/10.1111/j.1468-2451.2011.01761.x>
- Perkins, D. D. & Zimmerman, M. A. (1995). Empowerment theory, research, and application. *American Journal of Community Psychology*, 23(5), 569-580. <https://doi.org/10.1007/BF02506982>
- Pettigrew, T. F. (1998). Intergroup contact theory. *Annual Review of Psychology*, 49, 65-89. <https://doi.org/10.1146/annurev.psych.49.1.65>
- Pilisuk, M. (2001). Globalism and structural violence. In D. J. Christie, R. V. Wagner & D. D. N. Winter (Hrsg.), *Peace, conflict, and violence: Peace psychology for the 21st century* (S. 149-157). Englewood Cliffs, NJ: Prentice-Hall.
- Prilleltensky, I. (1997). Values, assumptions, and practices: Assessing the moral implications of psychological discourse and action. *American Psychologist*, 52(5), 517-535. <https://doi.org/10.1037/0003-066X.52.5.517>
- Richmond, O. P. (2014). The impact of socio-economic inequality on peacebuilding and statebuilding. *Civil Wars*, 16(4), 449-467. <https://doi.org/10.1080/13698249.2014.985876>
- Rubin, J. Z. & Levinger, G. (1995). Levels of analysis: In search of generalizable knowledge. In B. B. Bunker & J. Z. Rubin (Hrsg.), *Conflict, cooperation, and justice: Essays inspired by the work of Morton Deutsch* (S. 13-38). San Francisco, CA: Jossey-Bass.
- Schell-Faucon, S. (2004). Konflikttransformation durch Bildungsprogramme? In G. Sommer & A. Fuchs (Hrsg.), *Krieg und Frieden: Handbuch der Konflikt- und Friedenspsychologie* (S. 595-606). Weinheim: Beltz.
- Schliep, R., Boehnke, K. & Montiel, C. J. (2015). Erfolgreiche Friedensstifter – Persönlichkeitsmerkmale im Kulturvergleich. *Wissenschaft & Frieden*, 33(3), 17-20. Verfügbar unter: <https://wissenschaft-und-frieden.de/artikel/erfolgreiche-friedensstifter/>
- Shani, M., & Boehnke, K. (2017). The effect of Jewish–Palestinian mixed-model encounters on readiness for contact and policy support. *Peace and Conflict: Journal of Peace Psychology*, 23(3), 219–227. <https://doi.org/10.1037/pac0000220>
- Sharp, G. (2013). Nonviolent action: An active technique of struggle. In G. Sharp (Hrsg.), *How nonviolent struggle works* (S. 17-20). East Boston, MA: The Albert Einstein Institution. Verfügbar unter: <https://www.aeinstein.org/wp-content/uploads/2014/01/How-Nonviolent-Struggle-Works.pdf>
- Smith, R. H., Diener, E. & Wedell, D. H. (1989). Intrapersonal and social comparison determinants of happiness: A range-frequency analysis. *Journal of Personality and Social Psychology*, 56(3), 317-325. <https://doi.org/10.1037/0022-3514.56.3.317>
- Snyder, S. E. (2011). Possibilities for peace: Germany's transformation of a culture of war. *Journal of Sociology and Social Welfare*, 38(2), 181-198. Verfügbar unter: <https://core.ac.uk/download/pdf/144156201.pdf>

- Sommer, G. & Fuchs, A. (2004). *Krieg und Frieden: Handbuch der Konflikt- und Friedenspsychologie*. Weinheim: Beltz.
- Sommer, G., Becker, J. M., Rehbein, K. & Zimmermann, R. (Hrsg.) (1992). *Feindbilder im Dienste der Aufrüstung. Beiträge aus Psychologie und anderen Humanwissenschaften*. Marburg: UKB.
- Staub, E. (2000). Genocide and mass killing: Origins, prevention, healing and reconciliation. *Political Psychology*, 21(2), 367-382. <https://doi.org/10.1111/0162-895X.00193>
- Staub, E. (2012). Reconciliation between groups, the prevention of violence, and lasting peace. In P. T. Coleman & M. Deutsch (Hrsg.), *Psychological components of sustainable peace*. (S. 245-263). New York, NY: Springer. https://doi.org/10.1007/978-1-4614-3555-6_13
- Staub, E. (2018). Preventing violence and promoting active bystandership and peace: My life in research and applications. *Peace and Conflict: Journal of Peace Psychology*, 24(1), 95-111. <https://doi.org/10.1037/pac0000301>
- Steger, M. B. (2001). Peacebuilding and nonviolence: Gandhi's perspective on power. In D. J. Christie, R. V. Wagner & D. D. N. Winter (Hrsg.), *Peace, conflict, and violence: Peace psychology for the 21st century* (S. 314-323). Englewood Cliffs, NJ: Prentice-Hall.
- Stephenson, C. M. (2009). Gender equality and a culture of peace. In J. de Rivera (Hrsg.), *Handbook on building cultures of peace* (S. 123-137). New York, NY: Springer. https://doi.org/10.1007/978-0-387-09575-2_9
- Suedfeld, P. & Tetlock, P. E. (1992). Psychologists as policy advocates: The roots of controversy. In P. Suedfeld & P. E. Tetlock (Hrsg.), *Psychology and social policy* (S. 1-30). New York, NY: Hemisphere.
- Tajfel, H. (1982). Social psychology of intergroup relations. *Annual Review of Psychology*, 33, 1-39. <https://doi.org/10.1146/annurev.ps.33.020182.000245>
- Ulmann, G. (1991). Angeboren – Anerzogen? Antworten auf eine falsch gestellte Frage. In J. Heilmeier & U. Eser (Hrsg.), *Gen-Ideologie – Biologie und Biologismus in den Sozialwissenschaften* (S. 113-138). Hamburg: Argument.
- United Nations. (1995). *Beijing Declaration and platform for action*. Verfügbar unter: https://www.unwomen.org//media/headquarters/attachments/sections/csw/pfa_e_final_web.pdf?la=en&vs=1203
- United Nations Educational, Scientific, and Cultural Organization. (1945). *Verfassung der Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft, und Kultur (UNESCO)*. Verfügbar unter: <https://www.unesco.de/mediathek/dokumente/verfassung-der-organisation-fuer-bildung-wissenschaft-und-kultur>
- United Nations Educational, Scientific, and Cultural Organization. (1949). *Preamble to the Constitution*. Verfügbar unter: <http://www.unesco.org/education>
- United Nations Educational, Scientific, and Cultural Organization. (1992). *International Congress on Peace in the Minds of Men, 26 June – 1 July 1989, Yamoussoukro, Côte d'Ivoire. Final Report*. Verfügbar unter: <https://fund-culturadepaz.org/wp-content/uploads/2021/02/Congreso-la-Paz-en-la-Mente-de-los-Hombres.pdf>

- United Nations Educational, Scientific, and Cultural Organization. (1993). *Beschluss der 27. Generalkonferenz, November 1993, zum Aktionsprogramm für eine Kultur des Friedens 1994-1995 (Dokument 27/C5)*.
- United Nations Educational, Scientific, and Cultural Organization. (1997, September 19). *Annex: Report of the Director-General of the United Nations Educational, Scientific, and Cultural Organization on educational activities under the project "Towards a culture of peace" with elements for a draft provisional declaration and programme of action on a culture of peace. Note by the Secretary-General. A/52/292*. Verfügbar unter: <https://unesdoc.unesco.org/ark:/48223/pf0000109129?posInSet=4&queryId=2492b759-7bf2-4809-8e71-5eeb3ee9ec51>
- United Nations Educational, Scientific, and Cultural Organization. (2000). *Manifest 2000*. Verfügbar unter: https://decade-culture-of-peace.org/iycp/iycp-uk/manifeste/uk_pour_en_savoir_plus.htm
- United Nations General Assembly. (1948, December 10). *Universal Declaration of Human Rights, Resolution 217 A (III) of 10 December 1948*. Verfügbar unter: [https://www.un.org/en/ga/search/view_doc.asp?symbol=A/RES/217\(III\)](https://www.un.org/en/ga/search/view_doc.asp?symbol=A/RES/217(III))
- United Nations General Assembly. (1997, November 20). *A/RES/52/15. Proclamation of the Year 2000 as the International Year for the Culture of Peace*. Verfügbar unter: <http://www.un-documents.net/a52r15.htm>
- United Nations General Assembly. (1998a, January 15). *A/RES/52/13. Culture of Peace*. Verfügbar unter: <http://www.un-documents.net/a52r13.htm>
- United Nations General Assembly. (1998b, November 04). *A/RES/53/22. United Nations Year of Dialogue among Civilizations*. Verfügbar unter: <http://www.un-documents.net/a53r22.htm>
- United Nations General Assembly. (1999a, September 13). *A/RES/56/5. International Decade for a Culture of Peace and Non-Violence for the Children of the World (2001-2010)*. Verfügbar unter: <http://www.un-documents.net/a56r5.htm>
- United Nations General Assembly. (1999b, October 06). *A/RES/53/243. Declaration and Programme of Action on a Culture of Peace*. Verfügbar unter: <http://www.un-documents.net/a53r243.htm>
- United Nations General Assembly. (2012, December 17). *A/RES/67/104. Promotion of Inter-religious and Intercultural Dialogue, Understanding, and Cooperation for Peace*. Verfügbar unter: <https://undocs.org/pdf?symbol=en/A/RES/67/104>
- United Nations General Assembly. (2019a, July 25). *A/RES/73/328. Promoting Interreligious and Intercultural Dialogue and Tolerance in Countering Hate Speech*. Verfügbar unter: <https://undocs.org/pdf?symbol=en/A/RES/73/328>
- United Nations General Assembly. (2019b, December 12). *A/RES/74/21. Follow-up to the Declaration and Programme of Action on a Culture of Peace*. Verfügbar unter: <https://undocs.org/pdf?symbol=en/A/RES/74/21>
- United Nations Security Council. (2000, Oktober 31). *S/RES/1325. United Nations Security Council Resolution on Women, Peace, and Security*. Verfügbar unter: https://digitallibrary.un.org/record/426075/files/S_RES_1325%282000%29-EN.pdf

- Wessells, M., Schwebel, M. & Anderson, A. (2001). Psychologists making a difference in the public arena: Building Cultures of Peace. In D. J. Christie, R. V. Wagner, & D. D. N. Winter (Hrsg.), *Peace, conflict, and violence: Peace psychology for the 21st century* (S. 350-362). Englewood Cliffs, NJ: Prentice-Hall.
- Wulf, C. (2017). *Friedenskultur und Friedenserziehung (Culture of Peace and Education for Peace)*. Social Science Research Network. Verfügbar unter: <https://ssrn.com/abstract=3736730>
- Zimmerman, M. A. (1995). Psychological empowerment: Issues and illustrations. *American Journal of Community Psychology*, 23(5), 581-599. Verfügbar unter: <https://ssrn.com/abstract=3736730>



Klaus Boehnke ist Professor für Sozialwissenschaftliche Methodenlehre an der Jacobs University Bremen. Von 2017 bis zum 24. Februar 2022 war er auch stellvertretender Leiter des Zentrums für Soziokulturelle Forschung an der Wirtschaftshochschule (HSE) in Moskau. Er beschäftigt sich vor allem mit Themen der Sozialisationsforschung. Boehnke promovierte 1985 in Psychologie an der TU Berlin und war danach an der FU Berlin, der HU Berlin und der TU Chemnitz tätig. Für längere Forschungsaufenthalte hielt er sich an der Australian National University (1987), der University of Toronto (1997/98) und der National University of Singapore (2008/9) auf. Von 2018 bis 2020 war er Präsident der International Association for Cross-Cultural Psychology (IACCP). Von 2005 bis 2013 war er Vorsitzender des Forums Friedenspsychologie, von 2007 bis 2017 Prodekan der in der Exzellenzinitiative geförderten Graduiertenschule BIGSSS.



Florence Maggs schloss 2019 ihr grundständiges Psychologiestudium an der University of Dundee, Schottland, mit dem Bachelor-Grad ab. Danach war sie an der Jacobs University Bremen im bilingualen Studiengang Psychologie mit Schwerpunkten in der klinischen, der A&O, sowie der interkulturellen Psychologie eingeschrieben und schloss ihr Studium im Sommer 2022 mit dem Master of Science ab. Forschungs- und Interessenschwerpunkte bilden die klinisch-therapeutische und politische Arbeit von Psycholog*innen.